

vorwärtsEXTRA



GERECHTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT

Die »Aktionswoche Mindestlohn« hat ein brennendes Thema angesprochen. Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten haben landesweit Position bezogen.

Auftakt der Aktionswoche war eine gut besuchte Veranstaltung am 8. Februar in Neumünster, an der neben dem Vorsitzenden des DGB-Bereichs Nord, Peter Deutschland, und dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner auch der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies, und der Lübecker Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch teilnahmen.

Im Mittelpunkt der Bemühungen um „Gute Arbeit“ steht aktuell der Kampf um

die Einführung von Mindestlöhnen. „Rund 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland arbeiten im Niedriglohnbereich. Immer mehr Menschen werden für ihre Arbeit nicht angemessen und fair bezahlt und erzielen kein Einkommen, das ihren Lebensunterhalt sichert“, kritisierte Ralf Stegner. Über 700 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gegenwärtig in Deutschland auf ergänzende staatliche Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen.



Schleswig-Holsteins Arbeitsminister Uwe Döring, Franz Thönnies, Ralf Stegner, Peter Deutschland und Wolfgang Baasch gaben am 8. Februar in Neumünster den Startschuss zur Aktionswoche Mindestlohn.

„Dumpinglöhne führen in großem Stil dazu, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Vollzeitarbeit nicht mehr leben können und der Staat einen Teil der Löhne bezahlt“, erläuterte der Landesvorsitzende. Auf 1,5 Milliarden Euro beziffert er die Leistungen aus dem

Bundeshaushalt im Bereich der Grundsicherung (SGB II) an berufstätige Menschen. Trend stark steigend.

„Stundenlöhne von drei oder vier Euro sind kein Standortvorteil, sondern schlicht eine Schande für eine starke und moderne Volkswirtschaft“, stellte Stegner klar. Die Hungerlöhne von

heute würden die ebenfalls staatlich zu subventionierenden Hungerrenten von morgen nach sich ziehen.

Eine Gefahr für die Tarifautonomie sieht DGB-Nord-Chef Peter Deutschland nicht: „Das ist keine Schwächung der Gewerkschaften, sondern eine Ergänzung zum Flächentarifvertrag.“ ■

AKTIONSIDEE: WENIGER KOMMT NICHT IN DIE TÜTE!



Helmut Thran (links) und Andrea Schuster (rechts) vom Ortsverein Itzstedt wurden von Segebergs Landratskandidatin Jutta Hartwig und dem Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies unterstützt.

Mit gut gefüllten Brötchentüten für gerecht gefüllte Lohntüten warben am 9. Februar die Itzstedter Sozialdemokraten für Mindestlöhne. Unterstützt wurden sie dabei von der Segeberger SPD-Landratskandidatin Jutta Hartwig und vom SPD-Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnies.

Das Glücksrad ermittelte gut 100 Gewinner für die mit vier oder acht Brötchen gefüllten Tüten. Am Infostand gab es viel Zustimmung für die Forderung nach gesetzlich geregelten Mindestlöhnen.

380 000 Vollzeitbeschäftigte erhalten derzeit ein so geringes Einkommen, dass sie Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II haben. Hartwig: „Diese Mittel werden von allen Steuerzahlern erbracht. Die Kommunen helfen mit der Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung.“

Da das Einkommen im Alter das Spiegelbild für das Einkommen während des Erwerbslebens ist, besteht außerdem für die Zukunft das Risiko von Altersarmut, warnte Thönnies. „Dann werden die öffentlichen Kassen

später ein zweites Mal zahlen müssen, wenn die Betroffenen von ihrem Recht auf Grundsicherung im Alter Gebrauch machen“, so der Parlamentarier. Deshalb könne es nicht länger angehen, dass sich einige Arbeitgeber mit unfairen Löhnen Vorteile zu Lasten der Arbeitnehmer und der Steuerzahler verschaffen.

Itzstedts SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Thran zeigte sich erfreut darüber, dass immer mehr Arbeitgeber, die faire Löhne zahlen, Mindestlöhnen zustimmen. Sie wollen nicht mit Dumpinglöhnen aus dem Markt gedrängt werden. ■